

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom  
13. Februar 2023  
– Drucksache 17/4171**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;  
hier: Clearing bei zentralen Gegenparteien in der EU  
COM(2022) 697 final (BR 32/23)  
COM(2022) 698 final (BR 33/23)**

#### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 13. Februar 2023 – Drucksache 17/4171 – Kenntnis zu nehmen.

1.3.2023

Die Berichterstatterin:

Sarah Schweizer

Die stellvertretende Vorsitzende:

Andrea Bogner-Unden

#### Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Finanzen, Drucksache 17/4171, in seiner 19. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 1. März 2023.

Abg. Michael Joukov GRÜNE brachte vor, die vorliegenden EU-Vorschläge seien eine Folge des Brexits. Den dahinterstehenden Ansatz halte er für richtig. Der Derivatemarkt habe nicht nur ein erhebliches Volumen, sondern sei auch von erheblicher Bedeutung. Derivate, die im Grunde einen schlechten Ruf hätten, seien bei einigen Geschäften durchaus zur Absicherung notwendig. Deswegen sei es richtig, den Markt zu regeln und nicht zu versuchen, ihn auszutrocknen.

Im Übrigen schließe er sich der Beurteilung der Landesregierung an, wonach die Herangehensweise insgesamt vernünftig sei.

Abg. Sarah Schweizer CDU legte dar, aus Sicht der CDU-Fraktion sei es wichtig, dass Deutschland auch nach dem Brexit ein starker Finanzplatz bleibe. Sie teile auch die Ansicht des Finanzministeriums, dass hier angemessene Regelungen erforderlich seien. Überregulierungen und zu hohe bürokratische Anforderungen könnten sich aber als problematisch erweisen, weil die Branche dann möglicherweise abwandere.

Ausgegeben: 29.3.2023

Sie bat die Landesregierung, sich beim Bund für den starken Finanzplatz Frankfurt einzusetzen.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/4171 Kenntnis zu nehmen.

29.3.2023

Schweizer